

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 7 (1987)
Heft: 13

Buchbesprechung: Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rezensionen

Kühnl, Reinhard: Nation — Nationalismus — Nationale Frage. Was ist das und was soll das. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1986 (131 S., br., 12.- Fr.)

Klagen über „Sinnkrisen“ und den Untergang traditioneller Werte gehören seit der Französischen Revolution zum politisch-rhetorischen Fundus jedweder konservativen Ideologie, wie Kühnl im ersten Teil seines Buches vermerkt. Sein informativer Überblick über den „neuen Nationalismus in der Bundesrepublik“ verdeutlicht, wie (spätestens) seit der „Wende“ das Thema der „Nationalen Identität“ offen als eine politische Offensive deklamiert wird. Dazu gehört die Umarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die (West)deutschen müssen wegkommen von ihrer „Schuldbesessenheit“ (M. Stürmer); sie müssen endlich aus dem „Schatten des Dritten Reiches heraustreten“ (F.J. Strauss).

Die bis zu E.Noltens Konstruktion von Auschwitz als einer „asiatischen Tat“ und zum zynischen „war der Archipel Gulag nicht ursprünglicher als Auschwitz“ reichende Uminterpretation der Geschichte steht jedoch in einem aktuellen gegenwartspolitischen Bezug. „Wer das Thema der deutschen Identität politisch besetzt, ist einen grossen Schritt im Kampf um die Macht vorangekommen“, zitiert Kühnl den Kanzlerberater und Politologie-Professor Weidenfeld. Was mit der Propagierung der nationalen Identität beabsichtigt ist, lässt sich mit D. Claussen (*links* 1987, H. 2) auf einen kurzen Nenner bringen: In Deutschland von 1986 ist „nationale Identität“ der schamhafte Ausdruck für „Volksgemeinschaft“.

„Die hohle Phrase nationaler Identität beutet die Sehnsucht der Menschen nach Geborgenheit in einer bedrohlichen Welt aus, die nur durch kritisches Denken und durch praktisch-politisches Handeln vielleicht zu verändern ist“ (Claussen). Nun ist es gerade dieses praktisch-politische Handeln, welches den Konservativen ein Dorn im Auge ist,

so etwa bei H. Lübbe, der die — durch die 68er Generation in Gang gebrachte — „Auseinandersetzung mit dem Faschismus in ein Medium der Delegitimierung des politischen Systems der BRD“ transformiert sieht. Mittlerweile ist also die Forderung nach einer kritischen Auseinandersetzung wieder „systembedrohender“ als der Faschismus selbst. W.F. Haug sieht darin mit Recht einen aufkeimenden „Präfaschismus“ (in: *Das Argument* 158/1986).

Neu an der derzeitigen konservativen Offensive ist nun, wie Kühnl weiter beschreibt, dass derartige Positionen wie die angedeuteten nicht mehr allein von Alt- und Neofaschisten vorgetragen werden, sondern dass sich die Übergänge zwischen diesen und einem eher technokratisch orientierten Flügel aus der Kanzlerecke verwischen. Mit zukunftsweisendem Programm treten „Regierungshistoriker“ und „-philosophen“ an zur „Rekonstruktion Mitteleuropas“ (A. Hillgruber). Ins Blickfeld geraten ist damit die „Rekonstruktion des Selbstbewusstsein der Deutschen“ (B. Willms). Darin zeigt sich sowohl die interessenoorientierte Verknüpfung von Wissenschaft und Politik als auch das Theoriebedürfnis der Rechten, ihr Wunsch nach wissenschaftlicher Legitimierung.

Leider verzichtet Kühnl über die Schilderung der Positionsbezüge der Rechten hinaus auf eine tiefere Auslotung des Themas. So geht er nur am Rande auf linke Stellungnahmen ein, die längst nicht alle mit der seinen identisch sind. Mit seiner Formulierung, dass die „nationale Frage“ in der BRD sich lediglich darin stelle, ob es möglich wird, die BRD „längerfristig so um(zu)gestalten, dass sie für alle Einwohner zu einem Land der friedlichen Arbeit und der kulturellen Entfaltung, der Freiheit vor Angst und Not und der Freude am Da-

sein werden kann“, scheint mir nur eine Dimension des Problemkreises angeprochen.

Für die marxistische Linke stellt sich m.E. die Frage, was sie zur „Mitteleuropa-Rekonstruktion“ zu sagen hat, zumal diese Problemkonstellation auch von der Friedensbewegung aufgegriffen worden ist. Ich glaube, man kann diese Frage nicht einfach aus der Welt schaffen, indem man sich wie Kühnl darauf beruft, dass die Nationalstaaten immer noch die handelnden Subjekte der Weltpolitik seien. Den Begriff der „Nation“ reduziert Kühnl weitgehend auf eine Gleichstellung mit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in der BRD. Nun gibt es aber nicht nur dieses eine — an den „Frühschriften“ orientierte — Konzept von Marx und Engels. Die Nachzeichnung der neueren Entwicklungslinien

marxistischer Konzeptionen fehlt bei Kühnl leider gänzlich. Dies ist deshalb bedauerlich, weil dadurch wichtige Fragen unbesprochen bleiben. Kühnl geht weder auf die Vielzahl der Beiträge aus der kritischen Friedensforschung und -bewegung zur Überwindung des West-Ost-Konflikts ein, noch sind für ihn die diversen Formen des Regionalismus Thema der Erörterung.

Ganz besonders schade finde ich Kühnls stellenweise Polemik gegen *Das Argument*. Man braucht ja nicht jede dort geäusserte Meinung zu teilen, aber ich halte Kühnls Vorwurf der „nackten politischen Opportunität“ für unangebracht. Nicht zuletzt gibt er dadurch auch die Chance aus der Hand, in eine bestehende Diskussion der Linken einzutreten und die inhaltliche Auseinandersetzung aufzunehmen.

Martin Leuenberger

Peripherie (Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der dritten Welt): **Nationale Identität** (Heft 18/19, 1985), **Minderheiten** (Heft 20, 1985) **Rassismus** (Heft 24, 1986). (Jahresabo: 30.- DM, 4 Nummern)

Ob es sich um den Umgang von Mehrheiten mit Minderheiten (Fremdarbeiter, Flüchtlinge) oder umgekehrt das Aufeinanderprallen von kultureller (ethnischer) Identität und Nationalstaat (Südafrika), oder die idealistische Projektion revolutionärer Veränderungen und Hoffnungen auf die Befreiungsbewegungen oder bedrohten Kulturen der Dritten Welt handelt, die Schwierigkeiten und Probleme engagierter Solidaritätsarbeit und die Lücken innerhalb der linken Theorien zu Fragen der „Kultur“, des „Nationalen“ ziehen sich wie ein roter Faden durch die erwähnten drei Nummern der *Peripherie*. Dabei wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, wie gefährlich und einseitig es ist, den Rassismus nur in fremden Ländern auszumachen, wie schnell die „Exotik“ kultureller Minderheiten die politische Solidarität vereinnahmt: „Statt Solidarität mit Menschen zu leisten und sich mit dem auseinanderzuset-

zen, was diese Menschen bewegt — was sich ja wiederum in sozialen Bewegungen äussert —, solidarisiert man sich gerade in der Bezugnahme auf ‚Minderheiten‘ allzuschnell mit den eigenen Wunschvorstellungen“ (20;2). Wunschvorstellungen, die den Blick auf die eigene Gesellschaft, den täglichen Rassismus hier verschleiern. „Rassismus und Apartheid ist nicht eine Frage getrennter Toiletten und Badestrände, sondern in erster Linie von Lebenschancen, die mehr oder minder willkürlich definierten und diskriminierten Menschengruppen in extrem unterschiedlichem Mass zuteil werden. (...) Es gilt jedoch sogleich festzuhalten, dass die Dynamik der Kapitalverwertung die Suche nach immer billigerer Arbeitskraft und das Bemühen um die Externalisierung von deren Reproduktionskosten als eine ihrer Tendenzen enthält. Diese Tendenz drängt auf ethnische und rassische Diskriminierung“

(24;3-4). Das Saisonnerstatut, die Arbeitsbewilligungspraxis für Flüchtlinge und die weitgehende Abwälzung der Arbeitslosigkeit auf ausländische Arbeitskräfte zeugen auch in der Schweiz davon.

Dabei taucht unweigerlich das Problem des Internationalismus versus nationalstaatlicher Abgrenzung auf. Während die Einbettung in ein umfassendes Weltwirtschaftssystem nationale Abgrenzungen allenfalls noch als Droggebärde zulässt — soll nicht das gesamte System in Frage gestellt werden —, so bildet die kulturelle Abgrenzung und der Rückzug auf nationale Eigenheiten einen wichtigen Faktor bürgerlicher und nationalistischer Politik im Dienste der Kapitalverwertung. Nur allzu leicht wird dabei das Problem auf ein rein quantitatives zwischen einer kulturell bestimmenden Mehrheit und einer (allenfalls zu integrierenden) Minderheit reduziert. „Vergessen allerdings wird hierbei, dass seit der Entstehung von Klassengesellschaften Mehrheiten von Minderheiten unterdrückt und ausgebeutet werden. Nur dort, wo diese Minderheiten rein visuell durch ihre Hautfarbe als ‚rassische‘ oder ‚ethnische‘ Minderheiten sichtbar sind, werden sie auch als solche erkannt (z.B. Weisse in Südafrika). Kaum einer jedoch bezeichnet Bankiers als Minderheit“ (20;3).

So eröffnet nicht zufällig ein Artikel von *Leopoldo Marmora*: *Die Grün-Alternativen zwischen „altem“ Internationalismus und „neuem“ Patriotismus — oder was ist „nationale Identität“* (18/19; 7ff.) die Debatte. In der Solidaritätsarbeit mit Befreiungsbewegungen der Dritten Welt stellt er einerseits oftmals Projektionen eigener Sehnsüchte und Idealisierungen fest, sodass Enttäuschung und nachfolgende Abwendung vorprogrammiert sind und es kaum gelingt, eine breitere Öffentlichkeit für die grundsätzlichen, politischen Zusammenhänge zu sensibilisieren. Die Grün-Alternativen andererseits stellen den verstärkten Hegemoniebestrebungen der Reagan-Administration einzig die nationale Souveränitätsfrage (Raketenstationierung) entgegen und fordern eine Ab-

koppelung und Abgrenzung von den militärischen Blöcken. Beiden Positionen gelingt es nicht, „Nation“ zu definieren und mit neuen Inhalten zu besetzen, wie dies der Autor fordert.

Die Frage nach der „nationalen Identität“ erhält bei Marmora zwei Dimensionen. Zum einen eine philosophisch-anthropologische, die über den bürgerlich-kapitalistischen Zusammenhang von „Nation“ hinausweist; in ihr bildet sich das „demokratische Subjekt“ in seinem Suchen nach dem Grenzwert individueller Abgrenzung gegenüber den andern. Die Unterscheidung vom andern beinhaltet zum anderen auch dessen Anerkennung; „Abgrenzung“ wird in dieser Dimension zur „unverrückbaren Realität“, verbunden mit „Allgemeingültigkeit, Reziprozität und Demokratie“ führt sie gleichwohl zur Konstituierung des „demokratischen Subjektes“.

Dieser universellen Individualidentität steht die „nationale Identität“ der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entgegen. Die „bürgerliche Nation“ erfüllt dabei eine doppelte Funktion: eine Vereinheitlichung gegen innen (scheinbare Aufhebung von Klassengegensätzen) und eine Abgrenzung gegen aussen. Da sich nun aber die Klassengegensätze nie aufheben lassen und der nationale Partikularismus den integrativen Kräften des Weltmarktes entgegenstehen, sind damit die Widersprüchlichkeit und die Grenzen der „bürgerlichen Nation“ erkannt.

Ihr Entstehen setzt Marmora mit der Ausbildung des bürgerlichen Hegemoniesystems gleich. Es leuchtet daher ein, wenn er diesem den Kampf von „antikapitalistischen, populär-demokratischen Bewegungen“ entgegenstellt, die die „populär-demokratische Nation“ zu schaffen suchen, die sich durch „gesellschaftliche Gleichheit und Integration, Volkskonsens und integrale Demokratie“ auszeichnen soll.

Leider geht es bei Marmora am Schluss seines Artikels erst um die Erringung der Hegemonie, und man fragt sich, wie die „Nation“ mit den positiven Besetzung, die er anfänglich forderte, realisiert werden soll. Seine allzu plakative

Kritik an antiimperialistischen Positionen als „partikularistisch abgrenzend“ lässt viele Fragen offen, so etwa auch das Problem separatistischer Tendenzen innerhalb einer Nation. Auch die „populär-demokratische Nation“ wird keine widerspruchsfreie sein.

Die europäische Arbeitsmigration untersucht *Hartwig Berger* in seinem Beitrag *Interkulturelle Beziehungen und ethnische Diskriminierung im Spätkapitalismus* (24;68ff.). Es geht ihm dabei um die „Interaktion zwischen zugewanderter Arbeiterklasse und einheimischen Bevölkerungsgruppen in Westeuropa“. Über eine kritische Analyse von drei — speziell auch in der Schweiz — gängigen Erklärungsansätzen versucht er eine weitergehende Theorie der kulturellen Interaktion zu skizzieren:

- des sozio-ökonomischen Ansatzes, der die „strukturelle Ungleichheit zwischen kapitalistischem Zentrum und abhängiger Peripherie“ analysiert;
- des funktionalistischen Ansatzes des Zürcher Soziologieprofessors Hoffmann-Novotny, der die Migration auf die „Interaktion verschiedener gesellschaftlicher Systeme“ mit unterschiedlichen Macht- und Prestigeniveaus zurückführt und die wissenschaftliche Ausländer-Forschung in der Schweiz nachhaltig geprägt hat;
- des sozio-kulturellen Ansatzes, der die „Ausländerproblematik“ vor allem aus dem Zusammenprallen verschiedener kultureller Werte und Normen ableitet.

Berger seinerseits plädiert für eine „Migrationsforschung, die interkulturelle Beziehungen (damit auch interethnische Diskriminierung)

- im Lichte einer *sich wandelnden Klassengesellschaft*;
- in ihrer Wechselwirkung mit *veränderten Umweltbeziehungen* der Menschen;
- in ihrer Prägung durch die *bürokratische Organisation* der Gesellschaft untersucht“ (24;75).

Im ersten Punkt geht es darum, die Migration nicht nur als Auslöser von Pro-

zessen sozialen Wandels zu begreifen, sondern sie selber bereits als Ausdruck und „im Kontext übergreifender sozialer Veränderungen“ zu verstehen, um so einen Zugang zur Dynamik des Migrationsprozesses zu gewinnen.

„Kultur“ beinhaltet das aktive gestalterische Eingreifen des Menschen in seine unmittelbare (natürliche) Umgebung. Gilt dies für bäuerliche Gesellschaften noch beinahe absolut, so werden diese Eingriffe in der industriell-städtischen Umgebung immer stärker beschnitten. „Die ‚Kultur‘ der gegenständlichen Umwelt liegt vor, sie wird nicht mehr selber gestaltet“ (76). Die „Apathie von Menschen (sowohl von Einheimischen, wie von Migrierenden) zu ihrer Wohnumgebung“ (76) kann nach Berger als Ausdruck kultureller Enteignung gedeutet werden. Wie sich diese auf die interkulturellen Beziehungen etwa in einem Arbeiterwohnquartier auswirkt, müsste genauer untersucht werden.

Als letzten Punkt weist er auf einen Bereich hin, der bis anhin wenig Beachtung fand: die Bürokratisierung. „Arbeitseinwanderer haben vor allem darum eine gesellschaftliche Sonderstellung, weil sie durch ein Netz formaler Regeln und bürokratischer Handlungsvollzüge so platziert werden“ (77). Obwohl ein Anspruch formaler Gleichheit besteht, ist es gerade der Umgang der Verwaltungen mit den Arbeitsimmigranten, der diese in eine gesellschaftliche Sonderstellung verweist: „Für die Diskriminierung von Arbeitseinwanderern durch bürokratisches Handeln hat sich in der englischen Migrationsforschung der Begriff ‚institutioneller Rassismus‘ eingebürgert“ (78).

Peripherie verdient über die drei erwähnten Nummern hinaus Beachtung. Die vielfältigen Themenschwerpunkte der bis heute vorliegenden 24 Nummern: Fordismus, Landwirtschaft, Modernisierung / Entwicklungspolitik gewendet / Die Dritte Welt und Marx / Frauen in der Dritten Welt u.a. zeigen, wie wichtig dieses Zeitschriftenprojekt für die Analyse der internationalen und interkulturellen Beziehungen ist.

Dass dabei vom aktuellen theoretischen Diskussionsstand ausgegangen und dass dieser anhand von praktischen Beispielen vertieft wird, sowie der in jeder Nummer ausführliche, auf den

Schwerpunkt bezogene Rezensionsteil zeichnen *Peripherie* aus. (Bezug über den Buchhandel, Abonnemente: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, D—1000 Berlin 61).

Urs Sekinger

Das Argument 163 / 1987: Geschlecht und Rassismus. Mit Beiträgen von V. Stolcke, M. Barrett, M. McIntosh, D. Sölle, G. Anders u.a. (Einzelheft 14.—DM; Jahresabo 72.—DM, 6 Hefte)

„Rassismus und Frauenunterdrückung“ – ein Thema, das in feministischen Diskussionen in der Schweiz zu wenig Beachtung findet. Zu Unrecht, denn durch diese Vernachlässigung entstehen ungewollt neue Formen von Rassismus. Darauf aufmerksam machen die Aufsätze von Verena Stolcke, Michèle Barrett und Mary McIntosh im Argument 163 „Geschlecht und Rassismus“. Auf einige Aspekte will ich hier kurz hinweisen.

Verena Stolcke vertritt in ihrem anspruchsvollen Beitrag *Das Erbe sichern, die Naturalisierung der gesellschaftlichen Ungleichheit* folgende These: Die herrschende Klasse braucht die Institution der bürgerlichen Ehe und Familie nicht primär zur Sicherstellung ihres Eigentums, indem sie dieses an „natürliche Erben“ weitergibt; vielmehr hat die „monogame Ehe“ die Funktion, durch die „sexuelle Treue der Ehefrau“ die „Qualität der Erbmasse“ zu garantieren. In der „bürgerlichen Ideologie“, so Stolcke, werden „materialistisches Erbe“ und „genetisches Erbmaterial“ derart miteinander verschmolzen, dass die Ursachen und Effekte der „gesellschaftlichen Reproduktion“ unkenntlich bleiben. Gesellschaftlich bedingte Ungleichheiten werden als biologische, „natürliche, in der Natur begründete“ verstanden. Bereits im 19. Jahrhundert kamen biologische Theorien wie der Sozial-Darwinismus, der Sozial-Spencerismus und die Eugenik der „rassistischen Begründung der sozialen Un-

gleichheit“ sehr nahe. Als historisch extremste Form solcher Rassenpolitik ruft sie die nationalsozialistischen „Lebensborn-Anstalten“ in Erinnerung, in denen „nach rassen-hygienischen Gesichtspunkten ausgewählte“ junge Mädchen und junge Männern zu „rassisches“ reinen Kindern gezüchtet werden sollten. Aber auch heute ist ein sowohl „verschwommenen gefühlsmässiger wie auch theoretisch biologischer Reduktionismus“ festzustellen, den es ernst zu nehmen gilt.

Stolcke schlägt folgende Definition von Rassismus vor: „Unter Rassismus verstehe ich jene Art von Diskriminierung, die verbunden ist mit einer ideologischen Rechtfertigung von gesellschaftlich und politisch gegebenen Unterschieden, die angeblich auf einer in der ‚Rasse‘ begründeten und daher natürlich bedingten Minderwertigkeit beruht. Diese Minderwertigkeit ist somit erblich, und die Abstammung spielt dann eine ausschlaggebende Rolle in der Bestimmung der gesellschaftlichen Stellung des Einzelnen.“ Ohne explizit darauf weiter einzugehen macht Stolcke darin deutlich, wie der Mann in der Bürgerfamilie seine Privilegien absichert: in seiner „biologischen Klassenüberlegenheit“ bzw. mit seiner sexuellen Potenz, in der er die seiner Frau aufgezwungenen Monogamie unterlaufen kann. Gebaut wird demnach auf den herrschenden Glauben an die biologische „Minderwertigkeit“, die insbesondere unter Frauen, aber auch unter Arbeitern, ihr „Schicksal“ zu be-

stimmen vermag. Die Frauen versuchen, durch die Ehe ihre bürgerliche Identität als Ehefrau zu erlangen; der Arbeiter hingegen glaubt, in der bürgerlichen Ehe seine „Minderwertigkeit“ als Arbeiter aufgehoben zu haben: als Macho profitiert er jetzt wie der Bürger an der Herrschaft des Mannes über die Frau. Stolcke kommt nicht grundlos zum Schluss, dass „ohne eine radikale Veränderung jener Institutionen der Ehe und Familie“ soziale und gesellschaftliche Umwälzungen blockiert werden.

Auch die Engländerinnen *Michèle Barrett* und *Mary McIntosh* halten in ihrem Beitrag *Ethnozentrismus und sozialistischer Feminismus* an ihrer früheren Familienkritik fest, allerdings in revidierter Form. Dazu veranlasste sie der Vorwurf des Ethnozentrismus und des Rassismus von Seiten schwarzer Frauen. Diese fanden in Analysen von weissen Feministinnen immer wieder rassistische Klischees vor, so die Figur der „unterwürfigen, passiven Asiatin“, oder die in der feministischen Theorie verallgemeinerte Kategorie der „weissen Frau“. Rassistische Aspekte der Frauenunterdrückung sowie ethnische Unterschiede blieben ihres Erachtens in den Diskussionen unberücksichtigt.

Durch diese Kritik wurde den Autorinnen bewusst, dass die Begriffe „Rasse“ und „Rassismus“ in der marxistischen Theorie fehlten. Wie schwierig eine theoretische Erfassung dieser Lücke ist, zeigt die Kontroverse um die Anwendung und den Erklärungsanspruch dieser beiden Begriffe. So schlagen schwarze Feministinnen vor, statt von „Rasse“ besser von „ethnischen Teilungen“ zu sprechen. Denn: „Politische Kämpfe, die von einem geschlechtlichen oder ethnischen Wesen ausgehen, halten wir für reaktionär“, argumentieren beispielsweise *Floya Anthias* und *Nira Yuval-Davis*. Dem

halten *Barrett/McIntosh* entgegen, dass im Alltag die Realität des unmittelbar gegen schwarze Menschen gerichteten Rassismus nach wie vor erdrückend ist. Und dass gerade die Erfahrungen von Unterdrückung, die sie erleiden, weil sie Frauen und schwarz sind, die politische Widerstands- und Mobilisierungskraft dieser Frauen steigern.

Diese Kontroverse macht u.a. klar, dass für schwarze Frauen der Begriff „Rasse“ rassistisch wird, wenn er die angeblich „biologischen Determinanten“ nicht deutlich genug ausschliesst. Auch für die *Barrett/McIntosh* ist „Rasse“ eine soziale Kategorie: „Die geringfügigen phänotypischen Unterschiede, auf die rassistische Ideologien die soziale Kategorie ‚Rasse‘ gründen, sind wissenschaftliche Chimären.“ Die Fragen aber, ob und wie „Rasse“ neben „Klasse“ und „Geschlecht“ in der marxistischen Theorie konzeptionell miteinander verknüpft werden können, lassen die Autorinnen offen.

Sicher ist, dass feministische Gesellschaftsanalysen ethnische Unterschiede mit zu berücksichtigen haben. Dies bedeutet für weisse Feministinnen die Erarbeitung eines breiteren, „fundierteren Wissens“. Schwieriger wird es sein, die Stimmen schwarzer Frauen unvoreingenommen anzuhören. Angesichts der herrschenden Ausländerfeindlichkeit gilt dies auch für die Schweiz, wo zum Beispiel Türkinnen und Kurdinnen in den verborgenen Winkeln ihrer Familien versteckt gehalten, ungesehen und ungehört zu einem menschenunwürdigen Leben gezwungen werden. Theoretische Beiträge, welche Formen der Unterdrückung von Frauen aus anderen Kulturen auch unter dem Gesichtspunkt des Rassismus differenziert diskutieren, sind deshalb hoch zu veranschlagen.

Beatrice Rufer

Kalpaka, Annita / Raethzel, Nora, (Hrsg.): Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein. Express Edition, Berlin 1986 (128 S., br.)

Ein Titel, der neugierig macht; ein Buch, das in die politischen Aktivitäten und wissenschaftlichen Diskussionen eingreift und Probleme der anti-rassistischen Bewegung vertieft. Wie in Frankreich so ist auch in der Bundesrepublik diese Bewegung in Gang gekommen, nicht zuletzt nach der Kampagne der DGB-Jugend „Mach meinen Kumpel nicht an“ und nach der breiten Resonanz, die G. Wallraffs Buch „Ganz unten“ (1985) gefunden hat.

Das Buch ist eine Zusammenstellung der Referate, die bei einer Tagung unter dem Titel *Rassismus und kulturelle Identität. Zur Entstehung und Wirkungsweise von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus* auf Initiative des ‚WIR- Internationales Zentrum‘ (Trägerverein für ein Einwanderzentrum) in Hamburg-Altona gehalten wurden. Wie die Herausgeberinnen Kalpaka/Raethzel im Vorwort berichten, bestand ihr Interesse darin zu fragen, „warum ausländerfeindliche Gesetzgebung und rassistische Propaganda nicht auf den Widerstand der Mehrheit der deutschen Bevölkerung stossen“. Oder anders gefragt: Warum wird die Politik der Herrschenden ‚von unten‘ gestützt? Wie kommt es zum alltäglichen Rassismus? Aber auch selbstkritisch wird gefragt, „ob und in welcher Weise unsere eigene ‚Ausländerarbeit‘ den bestehenden Ethnozentrismus und Rassismus stabilisiert und reproduziert“.

Jenseits jeglicher moralischen Verurteilung gewinnen Kalpaka/Raethzel die zentrale Einsicht, der alltägliche Rassismus ‚von unten‘ sei keine „böse Absicht“, sondern eine „Lebensform, ein Bestandteil unser aller kulturellen Identität und unsrer ideologischen Vergesellschaftung“. Im „ideologietheoretischen Ansatz“ (der auf das Argument-Projekt ‚Ideologie-Theorie‘ (PIT) verweist) sehen sie ein Instrumentarium erarbeitet, um dem gängigen psychologisierenden „Rassismus-Vorwurf“ sowie den ökonomistisch vereinfachenden Erklärungen

(Arbeitslosigkeit, Krise usw.) zu entgehen.

So halten es Kalpaka/Raethzel für „eine Gefahr antirassistischer Politik, das Bedürfnis nach einer kulturellen Identität, nach einer Vertrautheit mit der Lebensumgebung, selbst nach einem historisch oft pervertierten Wunsch wie ‚Heimat‘ schlicht als reaktionären Nationalismus abzutun“. Solche Versuche seien Ausdruck eines „hilflose Antirassismus“ (in Anlehnung an W.F. Haugs „hilflosen Antifaschismus“), weil damit die kulturellen Dimensionen des Lebens ausgebündet werden, statt sie auf neue, antirassistische Art einzubinden.

Der Tatsache, dass Antirassismus auch in linken und engagierten Kreisen oft schwerfällt, widmen die Autorinnen mit Recht viel Aufmerksamkeit. Anhand eines ganz alltäglichen Beispiels wird diese Frage erhellt diskutiert: Als die 25jährige Türkin Şerife Sahin sich um eine Praktikumsstelle als Erzieherin bewirbt, wird ihre Einstellung abgelehnt. Der Grund dafür: Sie war nicht bereit, ihr Kopftuch abzulegen. Die Kolleginnen und Kollegen der städtischen Kindertagesstätte, in der sie arbeiten wollte, hatten Şerifes Einstellung ausdrücklich befürwortet. Der zuständige sozialdemokratische Stadtrat aber war der Ansicht, Şerifes Kopftuch würde das Erziehungsziel, den Kindern den Anspruch auf Gleichheit von Mann und Frau zu vermitteln, in Frage stellen.

Dieses Beispiel eines „Kulturrassismus“ dürfte kein Einzelfall sein. In ähnlicher, abgeschwächter Form verhalten sich auch Engagierte und Linke gegen „die unbekannten Fremden“. Für das oft „kolonisierende Verhalten“ von Linken gegenüber Einwanderern erhielten die Autorinnen Erklärungen, die sich auf „Menschlichkeit und Emanzipation, gegen Unterdrückung, für die Herausbildung der neuen sozialistischen Persönlichkeit (ohne Nationalität und Vaterland), berufen. Allzu bewusstlos sind die

Versuchungen, die Einwanderer „zivilisieren“ zu wollen nach Massstäben „entwickelter“ Kulturen. Trägt linke Ausländerpolitik, die mit der Kolonialhaltung nicht gebrochen hat, nicht gerade zur Lähmung eines Widerstandspotentials von Einwanderern bei (z.B. durch Vertretungspolitik)?

Als Perspektive wird von den AutorInnen deshalb „Autonomie und Selbstorganisierung“ der EmigrantInnen vorgeschlagen. Anstelle der manifesten oder latenten Integrationsforderungen sollen die kulturellen Unterschiede akzeptiert werden. Statt der Kritik an anderen Lebensformen (Kopftuch, Beschneidung) sei vielmehr gegenseitige Kritik in gemeinsamen Arbeits- und Lebenszusammenhängen oder aufgrund konkreter politischer Arbeit notwendig.

Die übrigen Beiträge vermitteln weitere Denkanstösse. *Herbert Even* diskutiert den Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ und fragt dabei: Gibt es eine „deutsche Identität“, ein „türkische Kultur“? *Meral Akkent* stellt sich der Frage: Sind deutsche Frauen emanzipiert und türkische Frauen unterdrückt? Aufschlussreich sind die Ausführungen zum Ethnozentrismus in der Schule. *Heidrun Czock* analysiert den institutionellen

Umgang mit Migrantenkindern, die üblichen Unterrichtspraktiken der „ignorierenden Toleranz“ und der „positiven Diskriminierung“. Und *Jochen Rehbein* schliesslich geht ein extrem schwieriges Thema in der „Ausländerarbeit“ an: zwischen Sprachverlust und Spracherwerb in der Migration — Spracherfahrungen in der Minderheitensituation.

Wenn dieses Buch auch im Rahmen der bundesdeutschen Diskussion entstanden ist, die politische Relevanz der Beiträge für die Analyse der Migration in der Schweiz liegt auf der Hand. Antirassismus in der BRD bedeutet speziell auch den Einbezug der jüngeren deutschen Geschichte. Funktioniert der Rassismus dort deshalb anders als in der Schweiz? Keineswegs. In Anbetracht der sich abzeichnenden internationalen Entwicklung werden Asylfragen und damit der Antirassismus in Zukunft wohl nicht mehr aus unseren politischen Diskussionen wegzudenken sein. Das Buch von Kalpaka/Raethzel ist ein wichtiger Beitrag zu dieser Debatte, gerade auch für diejenigen, die nicht in der Freiplatzaktion oder in einem Asylkomitee mitarbeiten. (Erhältlich bei: Express Edition, Pf. 11 02 63, Ritterstrasse 60b D—1000 Berlin 61).

Dominik Siegrist

Kallscheuer, Otto: Marxismus und Erkenntnistheorie in Westeuropa. Eine politische Philosophiegeschichte. Campus-Verlag, Frankfurt a.M./New York 1986, (459 S., Ln., 88.- Fr.)

Die Studie von Kallscheuer zur Theoriegeschichte des Marxismus in Westeuropa (Italien, Frankreich, BRD) hebt sich von gängigen Gesamtdarstellungen dieser Art besonders in zwei Richtungen ab: Zum einen porträtiert er immanente Theoriediskussion vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen politischen und kulturellen Tradition; mit diesem Bezug auf eine politische Geschichte soll nicht bloss die regionale Spezifik marxistischer Theoriebildung unter die Lupe genommen, es soll auch die Übertragbarkeit verschie-

dener marxistischer Theoriezusammenhänge kritisch relativiert werden. Die Unkenntnis dieser Regionalitäten führte in der BRD in den vergangenen Jahrzehnten, so Kallscheuer, nur allzu leicht zu „wahllosen Imports“ ausländischer „Theoriemoden“ (vgl. Vorwort). Zum anderen geht es ihm mit der Präsentation von Theoriediskussion dezidiert um den Versuch, Ansätze für eine Antwort auf die vielbesprochene „Krise des Marxismus“ herauszupräparieren. Der Grundtenor dieses Versuchs lautet, die marxi-

stische Theorie müsse für die mit ihr konfligierenden äusseren Veränderungen wie auch hinsichtlich der Entwicklung der positiven Wissenschaften (bes. Naturwissenschaften, Wissenschafts- und Systemtheorie) offen und flexibel gehalten werden, kurz: sich über den erkenntnistheoretischen Weg aktualisieren. Das Absehen von der Frage nach den Konstitutionsbedingungen sowie nach der Begründung marxistischer Theorie ist für Kallscheuer das entscheidende Symptom ihres philosophischen bzw. wissenschaftlichen Dogmatismus. Den „Geburtsfehler“ dieses Mankos sieht er in Hegels anti-empiristischer Widerspruchsauffassung angelegt (67 ff.), die von Engels übernommen werde und mit zu einem universellen Verständnis von dialektischem Materialismus führe, das (über die Stationen Lenin, Deborin, Stalin) nach und nach naturwissenschaftliche Erkenntniszusammenhänge paralysiert (57, 75 ff.). Zur Demonstration produktiver Gegentendenzen legt Kallscheuer sein Augenmerk auf erkenntnistheoretische Bruchstellen in der marxistischen Theoriegeschichte, d.h. auf Ansätze, in denen eine Krisensituation zu Dekonstruktionen und Neuzusammensetzungen des Theoriegebäudes drängt und alte Einheiten zugunsten einer Freilegung der positiven Wissenschaften wie neuer Handlungs- bzw. Revolutionsverständnisse aufgibt. Als (meist vergessene) Beispiele stehen hierfür Max Adlers Dichotomie von positiver Wissenschaft (Kritik der politischen Ökonomie) und neuer sozialistischer Ethik (88 ff.), ferner die systemtheoretisch anmutenden Entwürfe der russischen Revolutionäre Bogdanov und Bucharin, die ja beide auch Befürworter einer autonomen Wissenschaftsentwicklung waren (46 ff.).

In der „praxisphilosophischen Wende“ der 20er Jahre (u.a. Lukács, Korsch), welche die Fundamente für den westeuropäischen Marxismus legt, erleben erkenntnistheoretische und methodische Fragen zwar eine Hochkonjunktur, allerdings resultieren sie, wie schon die Selbstkritiken der diversen Autoren zeigen, in einer bewusstseinsphilosophi-

schen Verkürzung. Besonders der junge Lukács löst das Problem der Begründung marxistischer Theorie über den Verweis auf eine handelnde Selbsterkenntnis des Proletariats (104 f.). Der Bezug auf naturwissenschaftliche Handlungs- und Erkenntnistypen bleibt, wie jener auf das Alltagsbewusstsein, ausgespart.

Im italienischen Marxismus, den Kallscheuer in der Folge am ausführlichsten thematisiert, steht Gramsci durch sein Erbe des „*storicismo*“ Croces, Gentiles und Labriolas in einer ähnlichen praxisphilosophischen Konstellation. Dennoch finden bei ihm nicht nur das Alltagsbewusstsein, sondern zum Teil auch naturwissenschaftliche Denkformen besondere Beachtung: die experimentellen Methoden der Naturwissenschaften sollen integraler Bestandteil des historischen Materialismus sein (141). In den 50er Jahren setzt sodann eine intensive Erörterung erkenntnistheoretischer Reflexionen ein, die den Gramscianismus in tiefere Konfrontation mit den Methoden der positiven Wissenschaften treibt. Der italienische Marxismus wird in der Folgezeit durch neukantianische, positivistische, kritisch rationalistische Strömungen (Della Volpe, Banfi, Colletti u.a.) wie auch durch die kritische Soziologie des „Operatismus“ in seine einzelnen Teile zerlegt und modifiziert (156 ff.). Allerdings zeigen sich heute, nach erfolgter Dekomposition, kaum mehr als verstreute Ansätze zur Reformulierung eines erkenntnistheoretisch reflektierenden Marxismus. Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt Kallscheuer bei der Darstellung des französischen Marxismus. Hier konzentriert sich der erkenntnistheoretische Diskussionsschub vor allem (in den 60er Jahren) auf die Schule von L. Althusser, die eine ähnliche Freisetzung der positiven Wissenschaften bewirkt hat wie der neuere italienische Marxismus. Althusser's Programm einer Reform der Philosophie erachtet Kallscheuer aber insofern als gescheitert, als es jenem nicht gelinge, nach erfolgter Differenzierung der verschiedenen Produktions- und Erkenntnisweisen marxistische Theorie als ein komplexes Gan-

zes zu rekonstruieren(221). Zudem ist die Freisetzung der positiven Wissenschaften durch eine „transzental“ anmutende Erkenntnisproduktion konzipiert, die das mögliche Absehen von einer empirischen Kontrolle der Theorie nachgerade vorprogrammiert hat(212 ff.).

Im Gegensatz zu Italien und Frankreich konnte der Marxismus in der BRD sich nicht im Sog einer starken Kommunistischen Partei entfalten; politisch und kulturell bleibt er, wie Kallscheuer abrisshaft wiedergibt (226 ff.), in der Nachkriegszeit schwach verankert, was nicht zuletzt auf das Verbot der Kommunistischen Partei (1956), die sozialdemokratische „Absage an den Marxismus“ (1959) und die damit einhergehende Abschottung gegen die DDR zurückzuführen ist. Die Impulse gehen deshalb in den 60er Jahren hauptsächlich von den Universitäten aus, allem voran von der „Kritischen Theorie“ (Horkheimer, Adorno). In der Fraktionierungsphase der Studentenbewegung entstehen anfangs der 70er Jahre in- und ausserhalb der „Kritischen Theorie“ zahlreiche neo-marxistische Zirkel; Diskussionen über marxistische Erkenntnistheorie, über Rekonstruktionen der Marxschen Methode erleben eine wahre Blüte. Der vorwiegend exegetische Marxismus leidet hier jedoch, so Kallscheuer mit einen kritischen Rundschlag, unter dem Hegelschen Erbe der „Kritischen Theorie“ bzw. der modifizierten marxistischen Orthodoxien. Innerhalb der „Kritischen Theorie“ der 60/70er Jahre kann er am ehesten noch bei Krahl Überlegungen zu einer empirisch gehaltvollen Erkenntnistheorie finden (235 ff.), als relevant schätzt er aber erst die Fortführung „Kritischer Theorie“ durch die erkenntnistheoretischen und sprachpragmatischen Beiträge von Habermas ein (242 ff.). Habermas habe mit der Rehabilitierung einer „transzentalen“ Erkenntnistheorie nicht nur dem naturwissenschaftlichen und systemtheoretischen Handlungs bzw. Erkenntnistypus seinen notwendigen Part zugewiesen, sondern auch klar dargelegt, dass instrumentelle

und praktisch-moralische Vernunfttypen nicht aufeinander reduzierbar, deshalb in der marxistischen Theorie auch unverkürzt zu entwickeln sind. In Anlehnung daran versucht Kallscheuer abschliessend, die Konsequenzen seines gesamten Unternehmens zu ziehen: Marxistische „Philosophie“ müsse künftighin 1. „Platzhalter“ der positiven Wissenschaften sein, 2. ihre bisherige „Gesellschaftstheorie“ durch Resultate der positiven Wissenschaften verdichten, 3. die Perspektive einer „freiheitlich-sozialistischen Ethik“ relativ autonom weiterverfolgen (291).

Kallscheuers Darstellung der westeuropäischen Marxismus-Diskussionen ist insgesamt äusserst informativ und materialreich. Der Versuch, durch die Darstellungen hindurch die marxistische Theorie „erkenntnistheoretisch“ zu aktualisieren, zeigt eine Vielzahl wichtiger Ansätze auf, die weiterdiskutiert werden müssten. Leider gelingt es ihm zu wenig, was er selbstkritisch auch anzudeuten scheint (280), diese auf neue Zusammenhänge hin zu konkretisieren. Am Ende bleibt seine Bestimmung von marxistischer „Philosophie“ allzu sehr in seiner eigenen „pars destruens“ stecken, die ihm die breit verästelten Ansätze aufzwingen. Seine Kritik an Althusser dürfte deshalb am Ende auf ihn zurückfallen. Der Not des dekontruierten Marxismus entspringt dann auch der nur allzu bekannte Rekurs auf eine Abrechnung — statt Auseinandersetzung — mit Hegel und dem „Hegelmarxismus“ (vgl. 264 ff.). So fehlt beispielsweise der die Abgrenzung klärende Bezug einer genauen gegenüberstellenden Analyse der Konstitutions- und Begründungsweise von dialektischer und naturwissenschaftlicher Methode. Kallscheuer bezieht seinen (weit gefassten) Begriff von Erkenntnistheorie meist nur auf eine wissenschaftshistorisch verstandene „theoretische Situation“ (19 ff.), auf Situationen der Veränderung einer theoretistellungs- und Begründungsfrage im strengen Sinne heran. Sein Anti-Hegelianismus wirkt ferner dort verwirrend, wo ihn die Anlehnung an Habermas' Unter-

scheidung der Rationalitätstypen (Arbeit, Interaktion) ironischerweise auf ein Erbe des Jenaer Hegel zurückführt. Wie dies mit seiner erkenntnistheoretischen Option zu vereinbaren ist, darüber bricht die Untersuchung vorschnell ab (vgl. 252 f.). Was schliesslich den Anspruch auf Theorieüberblick seiner Studie betrifft, so ist es schade, dass sich Kallscheuer kaum zu den neueren Konzepten zur marxistischen Ideologietheorie äussert.

Hierzu wäre freilich auch auf den neuen englischen Marxismus einzugehen oder auf das Projekt-Ideologie-Theorie in der BRD. Dass solche Bezüge bzw. nähere Erörterungen fehlen, spricht insgesamt aber nicht dagegen, dass Kallscheuer mit seiner Studie einen wichtigen fundierten Beitrag zur Aufarbeitung der Westeuropäischen Marxismus-Diskussion geliefert hat.

M. Bondeli

Holenstein, René: Das erste Opfer ist die Wahrheit. So informiert die Schweizer Presse über Zentralamerika. Limmat Verlag, Zürich 1987 (200 S., br., 28.- Fr.)

„Was in den Kram passt, wird zum positiven oder negativen Thema, was die Ruhe stört, wird unter den Teppich gekehrt und in die Bedeutungslosigkeit abgeschoben.“ Mit diesen wenig schmeichelhaften Worten urteilt der Schaffhauser Historiker René Holenstein über die Schweizer Presse. Holenstein hat die Berichterstattung hiesiger Printmedien über Zentralamerika unter die Lupe genommen. Sein Befund: „Das erste Opfer ist die Wahrheit.“

Unter den Teppich kehrt die Presse etwa die Standpunkte der Opposition von El Salvador, die zwar für Verhandlungen mit Regierung und Militärs des Landes ist, aber seit Jahren schon einen bewaffneten Kampf gegen die ungerechte soziale Ordnung führt.

In den Kram passt den Medienmächtern hingegen, über die Störaktionen der Guerillas zu informieren. Ebenso gelegen kommt ihnen, regelmässig über die Positionen der Regierung und die von ihr getroffenen Massnahmen zu berichten. Zurückhaltend werden — andererseits — kritische Bemerkungen über die im Land weit fortgeschrittene Militarisierung verbreitet.

Gerade umgekehrt liegen die Gewichte in der Berichterstattung über Nicaragua. Die Standpunkte der — von den USA gestützten und finanzierten — Opposition ausserhalb des Landes finden

laut Holenstein weitgehend unkommentiert Eingang in die Medien. Gleichzeitig wird um deren Gewaltaktionen in der Presse wenig Aufhebens gemacht.

Um so mehr im Scheinwerferlicht der Medien steht die sogenannte Militarisierung Nicaraguas. Dabei drehen sich die Meldungen freilich nicht so sehr um den Krieg im Land, der von den Contras aus den Nachbarländern inszeniert wird. Im Vordergrund steht vielmehr die von der sandinistischen Regierung betriebene Militärpolitik, der es angeblich erst in zweiter Linie um Abwehr und Verteidigung geht, in erster Linie aber um „Aufrustung“ und „Militarisierung“ im Innern.

Politisch-ideologische Raster herrschen offensichtlich vor, wenn die Journalisten oppositionelle Strömungen in Zentralamerika einordnen sollen. „Die Opposition in Nicaragua und El Salvador“, schreibt Holenstein in seiner Untersuchung, „wird so ungleich behandelt wie Unkraut und Orchidee.“

Holenstein urteilt allerdings nicht pauschal. Er lobt vor allem den „Tages-Anzeiger“, der sich oft nicht nur in Nuancen von der gängigen Zentralamerika-Schreibe abhebe. Und auch in anderen Zeitungen machte er mitunter Texte aus, die dem allgemeinen Trend entgegenstehen — ohne ihn aber insgesamt korrigieren zu können.

In dieser Untersuchung beschränkt sich Holenstein auf eine Auswahl weniger Blätter, die nicht repräsentativ, aber durchaus „typisch und modellhaft“ sein will. Durchgesehen hat er die „Neue Zürcher Zeitung“, den „Tages-Anzeiger“, den „Bund“ und die „Ostschweiz“ sowie die Westschweizer Zeitungen „24 Heures“ und „Le Courier“. Ausserdem untersuchte er die Berichterstattung in der Westschweizer Wochenzeitschrift „L'Hébdo“ und — zum Vergleich mit den Schweizer Blättern — die „International Herald Tribune“, ein Zusammenschnitt US-amerikanischer Elitezeitungen.

Als Untersuchungsperiode wählte der Autor je einige Wochen vor und nach den im Jahr 1984 in El Salvador und Nicaragua durchgeführten Wahlen. Entsprechend stand die Wahlberichterstattung im Vordergrund. Weitere wichtige Themen waren die Kriege und Konflikte in Zentralamerika sowie die Rolle der USA in dieser Region.

In quantitavier Hinsicht bringt die Holenstein-Studie vor allem eine Bestätigung zahlreicher früherer Untersuchungen über die Problematik des Nord-Süd-Gefälles in Informationsbereich. So bilden auch in diesem Fall die transnationalen Nachrichtenagenturen die weitaus wichtigste Quelle der Berichte.

Bestätigt wird auch die bevorzugte Behandlung der Themenbereiche „Politik“ und „Konflikte“. Soziale, kulturelle, religiöse und Menschenrechts-Belange finden dagegen kaum Beachtung in den Medien.

Dieses Ergebnis überrascht nicht. Denn die Nachrichtenagenturen, die als wichtigste Quellen dienen, haben ihre Hauptabnehmer in den westlichen Industrieländern. Diesbezüglich hätte Holensteins Analyse allerdings eine Vertiefung verdient. So wäre es interessant zu wissen, wie die Agenturbüros in El Salvador zusammengesetzt sind und wie sie tatsächlich funktionieren. Entsprechende Informationen hätten dazu beitragen können, die Arbeitsweise der internationalen Agenturen präziser als bisher kennenzulernen.

In einer einzigen Beziehung bildet die Zentralamerika-Berichterstattung eine Ausnahme vom üblichen Medien-Umgang mit Regionen der Dritten Welt: Über eine zu geringe Aufmerksamkeit lässt sich in diesem Fall nicht lamentieren. Die Erklärung dafür ist indes einfach — und aufschlussreich über die Ge setzmässigkeiten des internationalen Informationswesens: „Die Presse richtet ihr Augenmerk auf jene Regionen der Dritten Welt“, so Holenstein, „in denen krisenhafte Entwicklungen ablaufen und die für die westlichen Staaten — vor allem für die USA — offenbar von grosser Bedeutung sind.“

Erst die Wiederherstellung einer „stabilen Ordnung“ nach den Vorstellungen der USA würde wohl die Medien zum Schweigen bringen. „Dann würden“, schrieb der nicaraguanische Vizepräsident Sergio Ramirez in der Zeitung „Bar ricada“, „die Scheinwerfer definitiv aus geschaltet, und der Schleier des Verges sens würde sich erneut über uns ausbrei ten.“

Markus Mugglin

Impressum

- Herausgeber: Redaktionskollektiv **WIDERSPRUCH**
Martin Bondeli, Franz Cahannes, Peter Farago, Pierre
Franzen, Urs Hänsenberger, Urs Rauber, Giaco Schiesser,
Urs Sekinger, Jakob Tanner
- Redaktionsadresse: Redaktionskollektiv **WIDERSPRUCH**, Postfach 652,
8026 Zürich, PC 80 - 56 062 - 5
- Copyright: Nachdruck von Artikeln bitte mit der Redaktion ab sprechen
- Preise: **WIDERSPRUCH** erscheint halbjährlich. Einzelheft 12
Franken, im Abonnement 9 Franken (inkl. Porto und
Versand; jedes Heft wird bis auf schriftlichen Wider ruf mit Rechnung zugestellt).
- Förderverein: 120 Franken pro Jahr (inkl. 2 Heftnummern).
- Auflage: 1600